

**Niederschrift der 34. Ratssitzung vom 07.12.2017**

**Ort:** in der Aula der Grundschule Süd-West, Wilhelm-Koenen-Str. 33,  
06526 Sangerhausen  
**Tag:** 07.12.2017  
**Beginn:** 16:00 Uhr  
**Ende:** 19:50 Uhr

**Anwesenheit:** Oberbürgermeister Herr Sven Strauß und 26 Stadträte

Herr Udo Lucas	CDU
Herr Thomas Klaube	CDU
Frau Regine Römmisch	CDU
Herr Holger Scholz	CDU
Herr Andreas Skrypek	CDU
Frau Regina Stahlhacke	CDU
Herr Reinhard Windolph	CDU
Frau Daniela Hahn	DIE LINKE.
Herr Holger Hüttel	DIE LINKE.
Frau Christine Kümmel	DIE LINKE.
Frau Sabine Künzel	DIE LINKE.
Herr Günter Prause	DIE LINKE.
Frau Karoline Spröte	DIE LINKE.
Herr Dr. Ernst-Hubert Axthelm	B.I.S. / FBM
Herr Mike Bösel	B.I.S. / FBM
Frau Gesine Liesong	B.I.S. / FBM
Herr Klaus Peche	B.I.S. / FBM
Herr André Reick	B.I.S. / FBM
Herr Volker Kinne	BOS
Frau Monika Rauhut	BOS
Herr Helmut Schmidt	BOS
Herr Gerhard von Dehn Rotfelser	BOS
Frau Christine Block	SPD / DIE GRÜNEN
Herr Norbert Jung	SPD / DIE GRÜNEN
Herr Mario Milde	FDP
Herr Harald Koch	fraktionslos
<b>entschuldigt fehlten:</b> Herr Frank Schmiedl	CDU
Frau Eva-Maria Kotzur	DIE LINKE.
Herr Raik Polster	B.I.S. / FBM
Herr Siegmund Hecker	BOS
Herr Bert Mrozik	BOS
Herr Arndt Kemesies	SPD / DIE GRÜNEN
Frau Antje Rödiger	SPD / DIE GRÜNEN

<b>verspätet erschienen:</b>	Herr Volker Schachtel	CDU	16:45 Uhr
	Herr Harald Oster	FDP	17:20 Uhr
	Herr Klaus Kotzur	DIE LINKE.	18:30 Uhr
<b>vorzeitiges Verlassen:</b>	Frau Regine Römmisch	CDU	19:05 Uhr
	Herr Harald Oster	FDP	19:05 Uhr
	Herr Harald Koch	fraktionslos	19:05 Uhr
<b>sachkundige Einwohner:</b>	Herr Veit Baeske		
	Herr Heiko Blesse		
	Herr Peter Dietrich		
	Herr Rudolf Henkner		
	Herr Uwe Hornickel		
	Herr Ralph Kujawski		
	Herr Ulrich Mannheim		
	Herr Karl-Heinz Mehmel		
	Herr Mario Pastrik		
	Frau Iris Reiche		
	Frau Katrin Scheffel		
	Frau Martina Schneidewind		
	Herr Axel Sell		
Herr Ringo Siebert			
<b>Ortsbürgermeister:</b>	Herr Tim Schultze	OT Wettelrode	
<b>stellv. Ortsbürgermeister:</b>	Herr Helmut Hahnas	OT Obersdorf	
<b>Stadtverwaltung:</b>	Herr Jens Schuster	Fachbereichsleiter Finanz- und Personalverwaltung	
	Herr Udo Michael	Fachbereichsleiter Bürgerservice	
	Frau Maria Diebes	Fachbereich Stadtentwicklung und Bauen	
	Frau Silvia Reichwald	Fachbereich Stadtentwicklung und Bauen	
	Frau Karin Schiller	SB Referat Ratsbüro	
	Frau Heidi Schäffner	Sekretärin des Oberbürgermeisters	
<b>Tagungsleitung:</b>	Herr Andreas Skrypek	Vorsitzender des Stadtrates	

#### **Tagesordnung gemäß Einladung:**

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**
- 3. Genehmigung der Niederschrift der 33. Ratssitzung vom 02.11.2017**
- 4. Bericht des Oberbürgermeisters**
- 5. Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters**
- 6. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung**
  - 6.1 Erweiterung und Überarbeitung Bebauungsplan Nr. 26 "Industriepark Mitteldeutschland" der Stadt Sangerhausen
  - 6.2 Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018 der Stadt Sangerhausen
  - 6.3 11. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes für die Jahre 2010 bis 2019
  - 6.4 Genehmigung von Mehraufwendungen gemäß § 104 des KVG LSA in Höhe von 40.000,00 € für Maßnahmen im Rahmen der Gefahrenabwehr

- 6.5 Aufhebung Sperrvermerk im Produkt 25320100 (Europa-Rosarium) in Höhe von 45.000 € und Bestätigung der Mittelfreigabe aus dem Investitionshaushalt für 1. BA - Komplexe Modernisierung Fenster - Grundschule Goethe
- 6.6 Genehmigung von Mehrauszahlungen gemäß § 104 des KVG LSA in Höhe von 45.000,00 € für die Erneuerung der Fenster in der Grundschule Goethe
- 6.7 Auslegungsbeschluss der örtlichen Bauvorschrift über besondere Anforderungen an die äußere Gestaltung von baulichen Anlagen in der Berg- und Rosenstadt Sangerhausen (Gestaltungssatzung)
- 6.8 Kreuzungsvereinbarung mit der Landesstraßenbaubehörde zur Errichtung einer Lichtsignalanlage ( KLSA ) am Verkehrsknoten B 86 / K2310 / Sotterhäuser Weg
- 6.9 2. Lesung und Beschlussfassung: Genehmigung von Mehraufwendungen gemäß § 104 KVG LSA in Höhe von 41.300,00 € für Zinsen auf Grund nicht fristgerecht verausgabter Städtebaufördermittel
- 7. Informationsvorlage in öffentlicher Sitzung**
- 7.1 Beteiligungsbericht auf der Grundlage der Jahresabschlüsse 2016 der kommunalen Unternehmen
- 8. Beratungsgegenstand in nichtöffentlicher Sitzung**
- 8.1 Vorberatung von Beschlussvorlagen zur Verbandsversammlung des Wasserverbandes Südharz (*ohne Beschlussvorlage*)
- 9. Informationsvorlagen in nichtöffentlicher Sitzung** (*Tischvorlagen*)
- 9.1 Informationen über Beschlüsse des Hauptausschusses
- 9.2 Informationen über Beschlüsse des Sanierungsausschusses
- 10. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

**Weihnachtsprogramm des Schulchores der Grundschule Südwest unter der Leitung von Frau Jäsche**

**1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Andreas Skrypek eröffnet die 34. Stadtratssitzung und begrüßt den Oberbürgermeister, die anwesenden Stadträte, sachkundige Einwohner, Ortsbürgermeister und ihre Stellvertreter, die Mitarbeiter der Verwaltung und Bürger und Einwohner der Stadt Sangerhausen.

**Ladefrist:** Die reguläre Ladefrist (10 Kalendertage) wurde eingehalten.

**Beschlussfähigkeit:** Die Beschlussfähigkeit ist gewährleistet. 26 Stadträte und der Oberbürgermeister waren zu Beginn der Sitzung anwesend.

**Öffentlichkeit:** Die TOP 1. - 7.1 und 10. werden in öffentlicher Sitzung behandelt. Die TOP 8. - 10. werden in nichtöffentlicher Sitzung behandelt.

**2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

*Herr Skrypek:*

**Die Verwaltung schlägt folgende Änderung vor.**

den TOP 3. - Genehmigung der Niederschrift der 33. Ratssitzung vom 02.11.2017 von der Tagesordnung **abzusetzen**.

## **Abstimmung über die geänderte Tagesordnung**

Ja-Stimmen	=	27
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

## **Glückwünsche zum Geburtstag**

*Herr Skrypek und Herr Strauß gratulieren Frau Sabine Künzel im Namen der Stadträte nachträglich zu ihrem Geburtstag.*

## **3. Genehmigung der Niederschrift der 33. Ratssitzung vom 02.11.2017**

Wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

## **4. Bericht des Oberbürgermeisters**

*Der Bericht wurde vor der Ratssitzung verteilt und den nichtanwesenden Stadträten am 11.12.2017 zugeschickt.*

## **5. Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters**

### **Anfrage des Stadtrates Herrn Thomas Klaube, CDU-Fraktion**

Er fragt, ob man darüber nachgedacht habe, die Fläche der Hundewiese anderweitig zu nutzen. Er denke an eine touristische Erschließung an dieser Stelle.

### **Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Strauß**

Ideen einer anderweitigen Nutzung dieser Fläche seien ihm bekannt. Auch er könne sich eine andere Nutzung sehr gut vorstellen. Es gebe aber nach wie vor das Angebot, die Fläche weiterhin als Hundewiese zu nutzen; soweit man bereit sei, ein Vertrag mit Rechten und Pflichten zu unterzeichnen.

### **Anfrage des Stadtrates Herrn Helmut Schmidt, BOS-Fraktion**

Zum Thema Kreuzung B 86 Riestedt/Beyernaumburg. Die Entscheidung der Kreisunfallkommission, keine Geschwindigkeitsbegrenzung festzulegen, könne der Ortschaftsrat Riestedt und er persönlich absolut nicht nachvollziehen. Bei der nächsten Tagung der Kommission im Februar 2018 hoffe er und der Ortschaftsrat, dass sie keine Ausladung erhalten, sondern teilnehmen könnten, um dort persönlich die Gefahrensituation an dieser Stelle zu schildern. Gleichzeitig hoffe er in dieser Sache auf die Unterstützung des Stadtrates sowie des Oberbürgermeisters. Der Ortschaftsrat werde an dieser Sache festhalten, Tempo 70 und Überholverbot an dieser Kreuzung zu erwirken.

Weiter informiert er den Stadtrat über die am gestrigen Tag 1. Plazierung der Ortschaft Riestedt im Wettbewerb "Unser Dorf hat Zukunft". Er appelliert an den Stadtrat und Stadtverwaltung, die Ortschaft Riestedt bei dem Landesausscheid im nächsten Jahr tatkräftig zu unterstützen.

Akklamation des Stadtrates.

## **Anfrage der Stadträtin Frau Regine Römmisch, CDU-Fraktion**

Ihre Anfrage ziele darauf ab, wie der Winterdienst explizite in den Ortschaften Breitenbach und Wolfsberg geregelt sei. Sie erinnert an den starken Wintereinbruch am letzten Sonntag an welchem bis 14:00 Uhr noch keine Beräumung erfolgte. Hier erwarte sie eine Klärung zum Beräumdienst.

## **Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Strauß**

Er werde sowohl den ausführlichen Fragenkatalog der CDU-Fraktion zum Winterdienst allgemein, als auch die soeben geäußerte spezielle Frage zu den beiden Ortschaften zeitnah schriftlich beantworten.

16:45 Uhr  
Herr Schachtel kommt = 28

## **6. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung**

### **6.1 Erweiterung und Überarbeitung Bebauungsplan Nr. 26 " Industriepark Mitteldeutschland" der Stadt Sangerhausen**

Begründung: Frau Reichwald

Sie bittet bei den finanziellen Auswirkungen eine Korrektur vorzunehmen. Bei der Addition der einzelnen Posten ergebe sich ein Betrag von 150 T€ und nicht, wie dargestellt 15 T€.

### **Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 8 Ja- Stimmen und 1 Stimmenthaltung mehrheitlich zu.

### **Stellungnahme des Sanierungsausschusses, Stadtrat Herr Peche, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 6 Ja-Stimmen, 1 Nein Stimme und 2 Enthaltungen mehrheitlich zu.

### **Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Hüttel, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen, 2 Nein Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich zu.

### **Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen einstimmig zu.

*Herr Koch* Bereits im Finanzausschuss habe man darüber diskutiert, inwieweit man dieses Projekt weiterführen sollte. Er wolle nicht, dass man hier weiter Geld in den Sand setze. Aus Sicht des Stadtrates seien die Naturschutzbestimmungen hinsichtlich der geschützten Hamster die größte Hürde . Aus diesem Grund stellt er den Antrag:

Den Beschlusstext auf Seite 3 der Vorlage um folgenden Schlusssatz zu erweitern:

" Mit der Bebauungsplanerweiterung wird erst begonnen, wenn mit dem BUND und dem NABU ein Klageverzichtvertrag abgeschlossen wurde."

Alles andere könne und müsse gemacht werden, um mit dem NABU und BUND zu verhandeln. Wenn man das nicht erreiche, dann investiere man wieder viel Geld, weckte Hoffnung und es komme zu keiner Gewerbeansiedlung.

*Herr Windolph* Der Bebauungsplan 26 für ein Industriegebiet in der Kreisstadt Sangerhausen dient dem Ziel, der bekannten Deindustrialisierung der Region entgegenzuwirken. Deshalb sei im Landesentwicklungsplan von Sachsen-Anhalt das Gebiet als großflächige Industrieansiedlung ausgewiesen und finde sich auch im regionalen Entwicklungskonzept wieder. Folgerichtig sei von der Stadt durch geförderten Flächenankauf und Bauleitplanung die Ansiedlungsvorbereitung über Jahre mehr oder minder zielstrebig verfolgt worden. Dies hatte anfänglich auch Unterstützung von der Landesregierung, die neben den Oberzentren nur drei derartige Standorte ausgewiesen hatte. Der Versuch des vorherigen Oberbürgermeisters, durch Kompromisse mit dem BUND Rechtsmittelverzicht zu erreichen, seien offensichtlich gescheitert.

In der Konsequenz könne gesagt werden; die Stadt müsse ihre Planungen der Bürgerschaft, der Öffentlichkeit und ebenso den Gerichten erläutern, begründen und verteidigen. Wer das nicht wolle, möge es öffentlich sagen. Aus diesem Grund beantrage er in dieser Sache namentliche Abstimmung. Aus fachlicher Sicht begründet er nochmals die nächsten Schritte. So sei nach Einschätzung der Rechtsanwaltskanzlei Dr. Lau der Vollzug des von der Stadt beschlossenen B-Planes ungeändert nicht mehr ausführbar, da die Ausnahmegenehmigung zur Umsiedlung der Hamster zweitinstanzlich abgelehnt worden sei. Die Aktualität der Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange, des Umweltberichtes und des Artenschutzfachbeitrages könnten anfechtbar sein und aus prozessualtaktischen Gründen eine Teilaufgabe der ursprünglichen für Industrieansiedlung geplanten Flächen als Zugeständnis an die vermutete Hamsterpopulation gewertet werden. Somit müsse der geänderte B-Plan erneut bearbeitet werden und zur Stellungnahme den Trägern der öffentlichen Belange zur Bürgerbeteiligung ausgelegt und den Naturschutzverbänden zur Stellungnahme vorgelegt werden. Dies sei dann abzuwägen und zu beschließen. Erst mit der öffentlichen Bekanntmachung trete der geänderte B-Plan in Kraft. Sicher könne man eines annehmen, dass eine Verbandsklage der Naturschutzverbände gegebenenfalls des BUND gegen diesen B-Plan erhoben werde. Dies müsse durch alle möglichen Instanzen verfolgt werden, um höchststrichterlich den Erfolg oder das Scheitern dieser Planung feststellen zu lassen. Im Erfolgsfall habe man eine Teilfläche mit Baurecht an exponierter Lage, andernfalls die Bestätigung, dass alles zur Umsetzung ausgeschöpft worden sei. Denn auch in diesem Fall sei es denkbar, dass Fördermittelrückforderungen des Landes für Planungen und Grunderwerb zu erwarten seien. Außerdem wäre im Falle des Scheiterns der Flächennutzungsplan dahingehend neu zu überarbeiten, weitere Flächen zur Ansiedlung auszuweisen. Allerdings bestehe auch bei diesen Flächen das Risiko einer Klage der Naturschutzverbände. Er frage die Anwesenden, ob man für Sangerhausens Zukunft kämpfen wolle, oder aufgeben wolle. Das die Landesregierung Sachsen-Anhalt keinerlei Maßnahmen unternehme, die Landesentwicklungsplanung durch aktive Entscheidungen zu befördern, stöße ihm besonders auf. Die Stadt müsse für die Zukunft kämpfen.

*Herr Peche* Die gewählten Stadträte seien verpflichtet für sich, für die Kinder und für deren Zukunft Sangerhausen zu gestalten. Zu lange habe man versucht, auf den Weg dorthin zu kommen. Man hätte schon dann reagieren sollen, als der B-Plan vor langen schon vorgelegen habe. Hätte man diesen bestätigt, wäre man heute einen großen Schritt weiter. Eines sei sicher: Man könne nie wissen, ob ein BUND, eine andere Behörde, eine Umweltorganisation oder Dritte gegen den B-Plan klagen würden. Man sollte sich aber nicht die Möglichkeiten nehmen lassen, hier in Sangerhausen auf einem vom Land immer noch bevorzugten Flächenplan etwas zu errichten und weiterkommen zu wollen. Wenn man sich das verbaue, könne man damit rechnen, dass die Unterstützung gegen Null gefahren werde. Wenn man hier weiterkommen wolle, müsse man sich selber helfen. Planungssicherheit sollte erlangt werden und man sich niemals die Chance vertun sollte, für diese und nachfolgende Generationen, Arbeitsplätze zu schaffen. Aus diesem Grund ein klares Ja zum B-Plan.

*Herr Hüttel* Er glaube, dass keine Fraktion, als DIE LINKE, glücklicher sei, wenn dieses Industriegebiet entstünde. Problematisch sei allerdings, dass man an dieser Stelle seit

10 Jahren Visionen aufbaue, die der Realität widersprächen. Aus diesem Grund unterstütze seine Fraktion den Antrag von Herrn Koch, den Beschlusstext dahingehend zu erweitern, dass mit der B-Planerweiterung erst begonnen werde, wenn mit dem BUND und dem NABU ein Klageverzichtvertrag abgeschlossen werde.

*Herr Jung* Vom Grundsatz her finde er es gut und mutig, das Vorhaben konsequent bis zum Ende durchzuziehen. In den letzten Tagen habe er diesbezüglich noch mehrere Gespräche geführt und ihm fehle der Klageverzicht als Grundvoraussetzung. Er werde den Antrag von Herrn Koch unterstützen. Ohne den Klageverzicht, drehe man sich im Kreis, denn das Artenschutzrecht habe sich nicht geändert. Es sei keine Willkür vom BUND, sondern internationales Recht. Es werde sicherlich zur Klage kommen und wie diese ausgehen werde, könne man sich denken. Man werde sicher verlieren. Ein Grund, warum man die alternative Fläche für The Garden beplant habe, sei in seiner Erinnerung die Alternativlosigkeit wegen den guten Böden und die sei nicht mehr gegeben. Die Alternativlosigkeit des Standortes sei ein Kriterium, dass man das Artenschutzrecht aussetzen könne. Und genau die sei nicht mehr vorhanden. Er könne die Beschlussvorlage nicht unterstützen. Hier würde in seinen Augen Geld und Zeit verschwendet, welches man für die Alternativfläche oder für andere Sachen einsetzen könnte. Er glaube, man verliere zu viel Zeit. Er gehe davon aus, dass geklagt werde und man den Prozess verlieren werde.

*Herr von Dehn-Rotfelser* stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf "Ende der Aussprache" und Abstimmung.

#### **Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag (Herr von Dehn-Rotfelser)**

Ja-Stimmen = 22  
Nein-Stimmen = 3  
Stimmenenthaltungen = 3

Damit ist der Geschäftsordnungsantrag angenommen.

*Herr Koch* Er wolle diejenigen bitten, welche schon mehrfach hier artikulierten, dass die, welche gegen den Beschluss seien, Wirtschaftsförderung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen verhindern wollten, genau das bitte er ihm nicht zu unterstellen. Er sei eben so für Wirtschaftsförderung, wie die Befürworter. Nur, müssten wenigstens minimale Erfolgchancen sichtbar sein. Sein Antrag richte sich nicht gegen das Vorhaben. Er wolle damit nur verhindern, dass man 91 T€ in den Sand setze, bevor nicht bestimmte Voraussetzungen erfüllt worden seien.

#### **Abstimmung zum Sachantrag (Herr Koch)**

(Mit der Bebauungsplanerweiterung erst zu beginnen, wenn mit dem BUND und dem NABU ein Klageverzichtvertrag abgeschlossen wurde.

Ja-Stimmen = 10  
Nein-Stimmen = 17  
Stimmenenthaltungen = 1

Damit ist der Antrag abgelehnt.

17:20 Uhr  
Herr Oster kommt = 29

#### **namentliche Abstimmung über die Beschlussvorlage:**

Herr Sven Strauß	Oberbürgermeister	ja
Herr Thomas Klaube	CDU	ja
Herr Udo Lucas	CDU	ja

Frau Regine Römmisch	CDU	ja
Herr Volker Schachtel	CDU	ja
Herr Holger Scholz	CDU	ja
Herr Andreas Skrypek	CDU	ja
Frau Regina Stahlhacke	CDU	ja
Herr Reinhard Windolph	CDU	ja
Frau Daniela Hahn	DIE LINKE.	nein
Herr Holger Hüttel	DIE LINKE.	nein
Frau Christine Kümmel	DIE LINKE.	nein
Frau Sabine Künzel	DIE LINKE.	nein
Herr Günter Prause	DIE LINKE.	ja
Frau Karoline Spröte	DIE LINKE.	nein
Herr Dr. Ernst-Hubert Axthelm	B.I.S. / FBM	ja
Herr Mike Bösel	B.I.S. / FBM	ja
Frau Gesine Liesong	B.I.S. / FBM	ja
Herr Klaus Peche	B.I.S. / FBM	ja
Herr André Reick	B.I.S. / FBM	ja
Herr Volker Kinne	BOS	ja
Frau Monika Rauhut	BOS	ja
Herr Helmut Schmidt	BOS	ja
Herr Gerhard von Dehn-Rotfelser	BOS	ja
Frau Christine Block	SPD / DIE GRÜNEN	nein
Herr Norbert Jung	SPD / DIE GRÜNEN	nein
Herr Harald Oster	FDP	nein
Herr Milde Mario	FDP	nein
Herr Harald Koch	fraktionslos	nein

### **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen = 19  
 Nein-Stimmen = 10  
 Stimmenenthaltungen = 0

**Beschluss- Nr.: 1 - 34/17**

### **Einwohnerfragestunde**

Anfragen wurden nicht gestellt.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Punkte 6.2 und 6.3 gemeinsam zu begründen und die Abstimmungen dazu einzeln durchzuführen.

Einverständnis der Stadträte wurde signalisiert.

18:30 Uhr  
 Herr Kotzur kommt zur  
 Sitzung = 30 Anwesende



## **6.2 Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018 der Stadt Sangerhausen**

Begründung: Herr Schuster

### **Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen 1 Nein-Stimme und 1 Stimmenthaltung mehrheitlich zu.

### **Stellungnahme des Sanierungsausschusses, Stadtrat Herr Peche, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 4 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen zu.

### **Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Hüttel, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 6 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich zu.

### **Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 5 Ja-Stimmen 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich zu.

### **Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Tourismus, Stadtrat Frau Stahlhacke, Stellv. des Vorsitzenden des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 4 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen zu.

### **Stellungnahme des Schul- und Sozialausschusses, Stadträtin Frau Liesong, Vorsitzende des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 4 Ja-Stimmen 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich zu.

### **Die Ortschaftsräte lehnten die Beschlussvorlage mit 5 - Ja Stimmen und 5 Nein-Stimmen ab.**

**5 Ortschaftsräte stimmten zu** (Breitenbach, Grillenberg, Wettelrode Obersdorf, Oberröblingen)  
**5 Ortschaftsräte lehnten die vorliegende Fassung ab.** (Lengefeld, Wettelrode, Riestedt, Horla, Wippra)

**2 Ortschaftsräte enthielt sich der Abstimmung** (Morungen, Rotha)

**Ein Ortschaftsrat war nicht beschlussfähig.** (Großleinungen)

**Ein Ortschaftsrat stimmte nicht ab.** (Gonna)

Die Liste der Abstimmungsergebnisse aus den **Ortschaftsratssitzungen** wurde vor der Sitzung verteilt

*Herr Koch* stellt Antrag, die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2018 sowie die 11. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes für die Jahre 2010 bis 2019 heute nicht abschließend zu beraten. Eine 2. Lesung und abschließende Beratung sollte für die nächste, spätestens aber für die übernächste planmäßige Sitzung des Stadtrates anberaumt werden.

Er reicht dem Vorsitzenden den schriftlich ausformulierten Antrag. Die erst heute vor der Sitzung ausgegebene Ergänzung zu Punkt 9.1 des Haushaltskonsolidierungskonzeptes reiche nicht aus, um sich vollumfänglich damit zu beschäftigen und darüber abzustimmen.

*Herr Oster* Zum Konsolidierungskonzept wolle er eine Ergänzung einbringen. Konkret: Die Überprüfung des Winterdienstes. Hier, die Privatisierung des Winterdienstes. Aus seiner Sicht

würde sich eine Privatisierung in den Kosten günstiger erweisen. Ebenfalls gelte das auch für den Bereich der Straßenreinigung. Auch hier bitte er den Punkt Überprüfung der Satzungen mit aufzunehmen. Er fragt, inwieweit Entnahmen aus den Gesellschaften geplant seien. Nicht klar sei ihm, die Entnahme aus der SWG in Höhe von 225 T€ und einer Entnahme von 175 T€ für das Grundstück zwecks Bebauungsplan Mifa. Hier wolle er wissen, ob die zweite Entnahme in den 225 T€ enthalten sei oder zusätzlich entnommen würde. Er gebe auch zu bedenken, dass man mit den Entnahmen aus den Gesellschaften sehr sorgfältig umgehen sollte.

*Herr Strauß* Zum Winterdienst und Straßenreinigung: Man habe bewusst nicht jede einzelne Aufgabe, welche die Verwaltung zu erledigen habe definiert, sondern man habe zu erledigende Aufgabenfelder beschrieben, welche auch mit Blick auf den Aufwand bezeichnet worden seien. Festgemacht am Beispiel Winterdienst würde eine Überprüfung einer Auslagerung an andere Unternehmen, unter dem Blickwinkel es günstiger bei gleicher Qualität wahrnehmen zu können, erfolgen. Das führe zwangsläufig dazu, dass man den Personalschlüssel und den Fahrzeugbestand entsprechend anpassen müsse. Enthalten sei dies bereits im Sinne der ständigen Aufgaben zur Aufwandsreduzierung im Punkt 9.1 Buchstaben a und c. Ähnlich verhalte es sich mit der Straßenreinigung. Natürlich drücke die Gebührensatzung lediglich aus, dass der Deckungsgrad der anfallenden Kosten über die Gebühren auskömmlich finanziert werde. Ein weiteres Anliegen sei, die Kosten an sich niedrig zu halten. Aus seiner Sicht seien die vorgebrachten Anregungen bereits im Konzept enthalten. Zur Frage Entnahme aus der SWG: In Summe handle es sich um 224 T€ zuzüglich Grundstück. Hinsichtlich der geforderten Sorgfalt bei der Entnahme versichere er, dass bei Entnahmen aus den Gesellschaften genau diese Sorgfalt an den Tag gelegt werde.

*Herr Schuster* Zum Antrag von Herrn Koch. Er sei nicht der Auffassung, dass ein Stadtrat mit der Vorlage der geänderten Liste überfordert sein könnte, darüber abzustimmen. In Summe der aufgeführten Maßnahmen habe man sich lediglich der Hinweise aus den Ausschüssen bedient und die Maßnahmen, welche bereits in der "Urliste" Bestandteil waren, beibehalten und entkräftet. Insofern seien die benannten Vorschläge nicht neu und überraschend. Aus seiner Sicht sei der Stadtrat in der Lage, heute darüber abstimmen zu können.

*Herr Hüttel* Man habe heute zum zweiten Mal in Folge das Glück, über den Haushalt des Folgejahres noch im alten Jahr diskutieren zu können. An dieser Stelle bedanke er sich für die gute Arbeit und zur Bereitstellung von aussagefähigen Unterlagen durch die Finanzverwaltung. Negativ daran sei allerdings, dass die Unterlagen seines Empfindens zu kurzfristig zur Verfügung gestellt worden seien und, so sein Eindruck, man nicht vollumfänglich das Für und Wider der einzelnen Positionen einer Abstimmung unterziehen könne. Gerade im Bereich der HH-Konsolidierung, welche mit eingearbeiteten Änderungen heute ausgegeben worden sei. Er gebe durchaus zu, dass diese Änderungen in einem ersten Schritt durch die Verwaltung notwendig gewesen seien. Zumal der OB mit seiner Verwaltung mit seinem ersten Entwurf, vor allem was die unsensible Behandlung des Punktes 9 in der 11. Fortschreibung des HH-Konsolidierungskonzeptes betreffe, mit der Kürzung gerade im sozialen und kulturellem Bereich bei den Bürgern derart viel Porzellan zerschlagen habe.

Im Konzept Änderungen einzuarbeiten sei geradezu geboten gewesen. Ob die neue Beschlussvorlage eine Mehrheit finden werde, bleibe abzuwarten.

Heute rede man über den 18. Haushalt in Folge, welcher in Summe nicht ausgeglichen sei. Auch wisse man, dass man erneut den Überziehungskredit in der Stadt erhöhen müsste, um alle pflichtigen und möglichst einigen notwendigen, freiwilligen Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen. Wieder einmal werde man in horizontale Verteilungskämpfe gedrängt. Die OB-in der Stadt Eisleben, Frau Fischer nannte es im letzten Finanzausschuss des Kreises: "den erzwungenen Kampf um das Glas Wasser in der Wüste". Er sage deutlich, dass man hier sogar gegeneinander um dieses Glas Wasser klage, statt sich gemeinsam als kommunale Familie zu positionieren. Fakt sei, dass man sowohl die Museen, wie das Spenglermuseum mit dem Spenglerhaus, als auch das Theater in Eisleben, genauso wie die Bibliotheken und Jugendeinrichtungen und möglichst kostenfreie Sportstätten und bezahlbare Kita-Plätze, um nur einige wenige Kürzungsvorschläge der Verwaltung zu benennen, brauche. In diesem Haushalt sehe er das definitiv nicht. Auf diese Arena der sozialen Verteilungskämpfe wolle und lasse sich die Fraktion DIE.LINKE nicht ein. Hier müsse ein gemeinsamer Appell, welcher auch

in Magdeburg und Berlin gehört werde, nach oben gehen. Zur Fortschreibung des Konzeptes: Im Pkt. 9.1 Überprüfung und Anpassung des Personal- Gebäude und Fahrzeugbestandes. Selbstverständlich sei eine Überprüfung und Anpassung stets geboten und vorzunehmen. Ob dies auch tatsächlich zu Einsparungen führe, gerade auch auf Bezug ständig neuer Aufgabenübertragungen von Bund und Land, welche nicht über die Aufgabenkostenerstattung abgedeckt seien, sei eine andere Frage. Den gesamten Pkt. 9.1. sehe die Fraktion als ganz normales Verwaltungshandeln. Hier sei man auf mögliche Vorschläge der Verwaltung gespannt, wenn sie notwendig und sozial an der Aufgabe orientiert erfolgen, könne man in einem Ratsbeschluss durchaus das Für und Wider diskutieren und zu sachgerechten Entscheidungen kommen. Im Punkt 9.2 wolle die Verwaltung dem Rat Kostenoptimierungsvorschläge unterbreiten, welche Einsparungen bzw. Mehrerträge ausweisen sollten. Die Liste lese sich, im Gegensatz zum ersten Entwurf, etwas gefälliger. Ob es bei allen so verstanden werde, sei bei der Fraktion sehr umstritten. Wieder würden das Spenglermuseum, die Verbraucherzentrale, das Betriebsführungsentgelt für das Friesenstadion, die Sportstättennutzung, die Bäder in den Ortschaften, die Erhöhung der Grundsteuern sowie der Mitgliedschaft in der Erlebniswelt Museen als Einsparpotentiale bzw. Mehreinnahmen genannt. Im Punkt 9.3 werde von einer Überprüfung des Kostendeckungsgrades in verschiedenen Bereichen spreche, bedeute in der Regel nichts anderes, als eine weitere Belastung der Bürger, gleichzusetzen mit Gebührenerhöhungen. Bei allen benannten, insbesondere im Kita-Bereich komme hier von der Fraktion DIE.LINKE ein klares und unmissverständliches NEIN. Dieser Bereich bedürfe nach Überzeugung der Fraktion keiner Konsolidierung, sondern eher einer deutlichen Verbesserung der Finanzausstattung hinsichtlich der baulichen Substanz einer ganzen Reihe von städtischen Einrichtungen betreffe, wie auch der mehr als bedürftige Ausstattungszustand der Kita`s.

Die Fraktion werde heute noch diverse Einzelanträge zur Konsolidierung stellen, um von der Verwaltung die schlimmsten Folgen aus dem Konzept herausnehmen zu lassen. Auch zum Haushalt werde die Fraktion diverse Anträge, zu Dingen, die man eingearbeitet haben wolle, stellen.

*Herr Lucas* Seitens der CDU Fraktion sei mit einiger Freude zur Kenntnis genommen worden, dass sich die Einnahmesituation der Stadt, insbesondere durch die gegenüber den Vorjahren erhöhten Zuweisungen des Landes einerseits und der wahrscheinlichen Senkung der Kreisumlage andererseits, zumindest etwas entspanne und auf diese Art und Weise zu einem genehmigungsfähigen Haushalt führen könnte. Auch gebe es aus Magdeburg Signale, dass es zukünftig eine veränderte Förder- und Investitionspolitik geben solle. Es solle in die Breite und in das flache Land investiert werden. Er werte das als Signal für weitere Finanzmittel aus Magdeburg für verschiedene Investitionen. Man gebe damit der Hoffnung Ausdruck, dass diese veränderten Rahmenbedingungen und Fördermöglichkeiten durch die Verwaltung konsequent und zielstrebig genutzt würden. Dies bedeute auch insoweit eine Fortsetzung der bisherigen Politik und des Verwaltungshandelns dahingehend Maßnahmen zu finanzieren, für die es auch Förderungen gebe. Dazu müsse er allerdings auch bemerken, dass es hier in diesem Jahr einige gewollte, oder ungewollte Versäumnisse gegeben habe. Unter den möglichen neuen Rahmenbedingungen sei der Stadtrat mehr denn je gefordert, die sich bietenden Finanzierungsmöglichkeiten zu nutzen. Um so ungläubiger habe er und auch andere Stadträte die Anlage 12 des Haushaltskonsolidierungskonzeptes zur Kenntnis genommen. Der Konsolidierungsansatz, Schließung des Museums, werde von ihm, als auch von der CDU Fraktion entschieden abgelehnt. Er bitte unter dem Aspekt, dass die Stadt Sangerhausen lebenswert bleibe, die Liste neu zu bewerten und dem Stadtrat mit zumindest ansatzweisen, mehrheitsfähigen Vorschlägen vorzulegen.

*Herr Peche* Man sei bereits im Dritten Jahr der Legislaturperiode angelangt und müsse doch wissen, dass die Stadt seit dem Jahr 2001 jährlich ein Defizit habe, welches sich immer mehr erhöht habe und nunmehr bei 60 Mio€ angelangt sei. Er könne sich von dem, was er heute gehört habe manches nicht vorstellen. So könne er nicht nachvollziehen, was von den Vorrednern erwartet werde. Die vorgelegte Liste aus dem Haushaltskonsolidierungsprogramm sei nicht mehr die Märchenliste, welche man schon immer bekommen habe. Hier handle es sich um eine Gruselliste.

Doch es sei endlich einmal eine Liste, welche der Wahrheit und der Realität der Stadt mit seinen 14 Ortschaften entspreche. Man sollte mit dieser Liste den Bürgern die Wahrheit sagen, wie es um die mangelnde Finanzbereitstellung von Bund und Ländern aussehe. Auch soweit, dass wenn es so weitergehe, man u.a. das Museum, die Bäder in den Ortsteilen und der Stadt Sangerhausen nicht mehr erhalten könne und viele andere Maßnahmen überhaupt nicht mehr realisierbar seien. Das sei die Wahrheit, welche auch den Bürgern gesagt werden müsse. Im Ergebnishaushalt habe man nun erreicht, einen kleinen Überschuss zu haben. Dadurch habe man die Chance etwas weiter zu kommen. Man plane, Geld aus den Gesellschaften zu ziehen. Bislang sei man dabei sehr moderat gewesen. Er glaube auch, wenn der Haushalt so beschlossen werde und mit einer moderaten Entnahme aus den Gesellschaften damit etwas vorangebracht werde, könne man das nur mit Beschlussfassung im Stadtrat erreichen. Es handle sich um städtische Gesellschaften. Das heiÙe, dass mit einem Gesellschafterbeschluss, welchen der Oberbürgermeister auch nicht ohne den Stadtrat schließen könne. Analog sehe er es bei den aufgeführten Punkten in der Anlage 9 des HH-Konzeptes. Alle dort genannten Vorschläge müssten durch den Stadtrat und von diesem abgestimmt werden. Man könne darüber diskutieren und habe endlich einmal mehr demokratisches Mitrederecht, wie es in der Vergangenheit gewesen sei.

An dieser Stelle stelle er den Antrag, den Beschlusstext zu ergänzen um: "Alle in der Anlage 12 aufgeführten Konsolidierungsmaßnahmen sind nur durch gesonderte Ratsbeschlüsse umsetzbar."

*Herr Schuster* Die Verwaltung übernimmt Antrag.

*Herr Peche* Zum Haushalt: Bei all dem Vorgelegtem, sowohl der Liste im HH-Konsolidierungskonzept als auch dem Haushalt insbesondere, müsse man auch von der Verwaltung mehr verlangen. Wenn man davon spreche personelle Einsparungen vornehmen zu wollen, sei das nur global benannt worden. Man könne sagen oberflächlich, ohne auf den Punkt zu kommen. Er erinnere an die Angelegenheit der Entlassung eines Mitarbeiters, weil dieser erforderliche Maßnahmen nicht einhalten konnte, welche ihm arbeitsrechtliche Konsequenzen einbrachten. Er frage, in welchem Umfang und ob überhaupt das RPA in den Jahren seiner Vorhaltung diese Abteilung geprüft habe oder tätig geworden sei. Wenn dies ausgeblieben sei, frage er sich, ob man überhaupt ein RPA brauche. Man müsse konkret alle Dinge ansprechen. Als Beispiel nenne er hier u.a. die Mitgliedschaft in der Standortmarketinggesellschaft (SMG). Hier sehe er für die Stadt nicht den so großen Nutzen. Aus seiner Sicht sei es schon wichtig, dass die Betrachtung der SMG auch ein Punkt im Konsolidierungsprogramm sei. Um genau zu erfahren, was die Gesellschaft für die Stadt erledige, sei es unabdingbar, dass der Gesellschaft ein konkret abrechenbares Aufgabengebiet vorgelegt werde. Nur so könne man entscheiden, ob für die Stadt eine Mitgliedschaft wichtig sei, oder man darauf verzichten könne. Ihn freue es, dass das Konzept so viele Maßnahmen enthalte. Das Jahr 2018 werde für die Verwaltung diesbezüglich ein arbeitsreiches Jahr. Die Verwaltung könne sich darauf einrichten, dass man diesbezüglich sehr viele Fragen stellen werde. Man sollte sich jetzt nicht die Chance vergeben, erstmalig, wo man wieder an der Stelle sei, dass man im Ergebnishaushalt erstmalig einen kleinen Überschuss habe, dem Haushalt und der 11. Fortschreibung des HH-Konsolidierungsprogramm zuzustimmen. Dies mit der Maßgabe der Verwaltung zu sagen, dass sie und der Oberbürgermeister hier einen Vorschuss an Vertrauen vom Stadtrat erhielten, mit der Bitte, es dem Rat offen und ehrlich zurückzugeben. Ehrlich und offen in Beziehung der Zusammenarbeit. Er glaube es sei so möglich, dass die Stadt Sangerhausen von den 60 Mio€ Schulden herunterkommen könnte. Er hoffe, dass man 2018 in allem gut daran arbeite. Die Fraktion der B.I.S/FBM werde dem Haushalt zustimmen und hoffe auf eine breite Zustimmung des Stadtrates.

*Frau KümmeI* Nachfrage. Dem Zitat aus dem Konsolidierungsprogramm von eben sei zu entnehmen, dass man dem Bürger mitteilen müsse, dass man, wenn es so mit der finanziellen Lage weitergehe, das Spenglermuseum nicht halten könne.

Das Problem dabei sei, dass er sich hier auf das Defizit fehlender Zuweisung von Bund und Land beziehe. Genau so müsse man es benennen. Hier handle es sich um das Konzept der Stadt und an diese Stelle müsse sie nicht sparen, sondern von Bund und Land einfordern, ausreichende Mittel dafür zu erhalten. Nicht die Sparmaßnahme der Stadt müsse es sein, das Museum und die Bäderlandschaft auf den Prüfstand zu stellen. Der Stadtrat sei angehalten, den Bürgern kulturelle Einrichtungen zu erhalten. Allein könne man das nicht stemmen.

*Herr Peche* Er habe ganz klar gesagt, dass jede einzelne Maßnahme eines Einzelbeschlusses durch den Stadtrat bedürfe. Nur dadurch komme es auf den Prüfstand. Die Fraktion der B.I.S./FBM werde niemals der Schließung des Museums und vieler anderer Maßnahmen zustimmen.

*Frau Block* spricht sich lobend über den aufgestellten Haushalt aus. Sie wolle aber gleichzeitig zum Ausdruck bringen, dass man sich bei all den Bemühungen nicht "tot" sparen sollte. Sicher müssten alle Dinge noch einmal auf den Prüfstand. Man sollte dabei mit Augenmaß und Fingerspitzengefühl alle Positionen auf der Ein- und Ausgabenseite betrachten, beraten, ständig beobachten und der Kontrolle unterziehen, um auch Entwicklungstendenzen erkennen zu können. Dies mit dem Ergebnis, dass Sangerhausen liebens- und lebenswert bleibe. Zum Punkt 9 des HH- Konsolidierungskonzeptes:

Die Fraktion der SPD/DIE GRÜNEN habe die sogenannte Streichliste auch sehr kritisch betrachtet und könne sich damit identifizieren und werde alles auf den Prüfstand stellen. Die Fraktion werde dem Haushalt und dem HH-Konsolidierungskonzept zustimmen. Nur so könne man dazu beitragen, dass es zu keinem Stillstand in der Stadt komme.

*Herr Oster* In Anbetracht der geplanten Entnahmen aus der Gesellschaft fragt er, inwieweit die noch ausstehenden Fördermittel bei der SWG geklärt seien. Hierbei handle es sich über 400 T€.

*Herr Strauß* bejaht. Der zweckgebundene Fördermittelbescheid umfasse mehrere Jahre und ein Förderbetrag, welcher nicht ausschließlich die Förderung des Außengeländes des Bahnhofes umfasse, sondern auch noch weitere Maßnahmen würden voraussichtlich im Jahr 2019 ausgereicht. Das heiße, innerhalb der Zweckbindung und des Zweckbindungszeitraumes sei zu entscheiden gewesen, für was die Mittel verausgabt werden sollten.

*Herr Oster* Die Fraktion der F.D.P. stellt den Antrag, die Gewinnentnahmen aus der SWG auf 100 T€ und aus der KBS auf 275 T€ zu senken.

*Herr Strauß* unterbreitet einen Alternativvorschlag. Vorausgesetzt, der Haushalt werde heute beschlossen schlage er vor, auf die Einnahmeposition der SWG und der KBS einen Sperrvermerk zu legen. Das heiße, dass mit den Sperrvermerken vor Gewinnentnahme ein Stadtratsbeschluss erforderlich sei.

*Herr Oster* Die F.D.P. Fraktion übernimmt den vorgeschlagenen Alternativvorschlag.

*Herr Koch* Zuerst wolle er sich zu einigen Zwischenrufen, welche nicht das erste mal, sondern des öfteren in der Sitzung gefallen seien, äußern. In der Art, dass man in sämtlichen Ausschüssen zur genüge diskutiert hätte, also.. beschließen!. Das sehe er schon als Eingriff in die Arbeit eines Mandatsträgers im Stadtrat. Wenn das so wäre, dann könne man sagen, dass man alles der Verwaltung überlassen wolle und alles nur noch automatisch abzusegnen brauche. So gehe es nicht. Das betrachte er gegenüber bestimmten Mitgliedern des Stadtrates als Druckmittel. Zur "Giftliste", speziell die Auffassung von Herrn Peche dazu: Die Liste aus dieser Sicht mache nur einen Sinn und wirke nur positiv, wenn man auch Druck ausübe, in die Richtung die der Stadtrat wolle, speziell zum Land und Bund.

*Herr Kinne* Mit einigen Äußerungen sei er nicht einverstanden. Man habe sehr umfassend, in den Ausschüssen zum Haushalt und Sanierung, auch zur Liste der "Grausamkeiten", diskutiert. Man habe darüber gesprochen, dass eine Korrektur erfolgen und auf ein vernünftiges Maß gebracht werden müsse. Man habe Herrn Schuster beauftragt, heute diese überarbeitete Liste vorzulegen. Er habe kein Verständnis, wenn seitens des Finanzausschusses der Einwand gebracht werde, dass man auf Grund der umfangreichen Änderungen, nicht zustimmen könne und weitere Lesungen benötige. Nein. Man brauche heute eine Entscheidung, damit die Stadt regelungsfähig sei und vernünftig arbeiten könne.

Mit einer Bitte wendet er sich an die Bereiche der Verwaltung. Es könne nicht sein, dass wie in den letzten Jahren von der Verwaltung am Beispiel Beleuchtung geschrieben werde, alles sei in Ordnung, ohne je eine Analyse vorgenommen zu haben. So habe man nicht analysiert, warum die Kosten der Leuchtpunkte in den einzelnen Ortsteilen der Kernstadt zwischen 15 und fast 300 € lägen. Hier erwarte er die Führungsverantwortung der Fachbereiche, endlich etwas zu bewegen!

*Frau Stahlhacke* Zur Liste der Konsolidierungsmaßnahmen. Sie fragt, warum die Erhebung der Zweitwohnungssteuer nicht mehr als Maßnahme enthalten sei.

*Herr Strauß* Die Verwaltung habe eine mögliche Erhebung geprüft und habe dabei festgestellt, dass mit der Erhebung kein Ertrag zu erzielen sei. Das heiße, der Aufwand sei nahezu gleich dem Nutzen.

#### **Abstimmung zum Sachantrag** (Herr Koch)

(Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2018 sowie der 11. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes für die Jahre 2010 bis 2019 heute nicht abschließend zu beraten. Eine 3. Lesung und abschließende Beratung soll für die nächste, spätestens aber für die übernächste, planmäßige Sitzung des Stadtrates anberaumt werden)

Ja-Stimmen	=	5	
Nein-Stimmen	=	22	
Stimmenenthaltungen	=	3	Damit ist der Sachantrag mehrheitlich abgelehnt.

*Herr Hüttel* stellt den Antrag, in den Vorschlägen zur Konsolidierung in der Anlage 12 den Punkt 9.3 komplett zu streichen.

#### **Abstimmung zum Sachantrag** (Herr Hüttel)

(In den Konsolidierungsvorschlägen der Anlage 12, Punkt 9.3 komplett zu streichen.)

Ja-Stimmen	=	6	
Nein-Stimmen	=	21	
Stimmenenthaltungen	=	3	Damit ist der Sachantrag mehrheitlich abgelehnt.

*Herr Hüttel* stellt den Antrag, in den heute vorgelegten Vorschlägen zur Konsolidierung in der Anlage 12 im Punkt 9.2 bis auf Buchstabe h, alle anderen Maßnahmen zu streichen.

#### **Abstimmung zum Sachantrag** (Herr Hüttel)

(In den Konsolidierungsvorschlägen der Anlage 12, Punkt 9.2 alle Buchstaben, außer "h" zu streichen.)

Ja-Stimmen	=	5	
Nein-Stimmen	=	22	
Stimmenenthaltungen	=	3	Damit ist der Sachantrag mehrheitlich abgelehnt.

Herr Hüttel stellt noch weitere Anträge zum TOP 6.2 .

### **Antrag A**

Für die Leiterin des Museums soll eine Mittelzweckbindung für Ausstellungen und Öffentlichkeitsarbeit in Höhe von 500 € bereitgestellt werden.

### **Abstimmung zum Sachantrag A (Herr Hüttel)**

Ja-Stimmen	=	13	
Nein-Stimmen	=	13	
Stimmenenthaltungen	=	1	Mit Stimmengleichheit ist der Sachantrag abgelehnt.

### **Antrag B**

Mittelzweckbindung in Höhe von 7.500 € für Büchererwerb in der Bibliothek

*Herr Schuster* Im Haushaltsplan S. 50, Finanzplan unter diesem Produkt 3.700 € Fördermittel für Bücherkauf aufgeführt und man werde den Eigenanteil der Stadt aufbringen, um hier investieren zu können.

*Herr Strauß* Sollte der Haushalt in der heutigen Sitzung beschlossen werden, werde man auch Bücher erwerben.

*Herr Skrypek* Nachfrage zum Antrag B. Aufrechterhaltung des Antrages?

*Herr Hüttel* Mit dem Festhalten der Aussage von Herrn Schuster in der Niederschrift, dass der Bücherkauf mit Beschlussfassung sicher sei, sei eine Abstimmung entbehrlich.

### **Antrag C**

Komplette Streichung der Gewinnentnahme aus der SWG in Höhe von 224.100 € .

### **Abstimmung zum Sachantrag C (Herr Hüttel)**

Ja-Stimmen	=	9	
Nein-Stimmen	=	17	
Stimmenenthaltungen	=	3	Damit ist der Sachantrag mehrheitlich abgelehnt.

### **Beschlusstext:**

Der Stadtrat beschließt nach öffentlicher Beratung die Haushaltssatzung für das Jahr 2018 wie folgt:

#### 1. Haushaltssatzung der Stadt Sangerhausen für das Haushaltsjahr 2018

Aufgrund des § 100 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) vom 17.06.2014 (GVBl. LSA S. 288) hat die Stadt Sangerhausen die folgende, vom Stadtrat in der Sitzung am 07.12.2017 beschlossene Haushaltssatzung erlassen:

#### § 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie einhergehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen enthält, wird

1. im Ergebnisplan mit dem

a) Gesamtbetrag der Erträge auf

44.589.400 Euro

b) Gesamtbetrag der Aufwendungen auf 44.188.800 Euro

2. im Finanzplan mit dem

a) Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	41.500.300 Euro
b) Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	41.021.500 Euro
c) Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	7.063.100 Euro
d) Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	6.798.500 Euro
e) Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	13.800.000 Euro
f) Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	15.425.100 Euro

festgesetzt.

§ 2

Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden nicht veranschlagt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigung), wird auf 5.030.000 € festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit wird auf 27.756.500 Euro festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze (Hebesätze) für die Realsteuern werden wie folgt festgesetzt:

1.	Grundsteuer	
1.1	für die Betriebe der Land- und Forstwirtschaft (Grundsteuer A) auf	400 v. H.
1.2	für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	400 v. H.
2.	Gewerbsteuer auf	400 v. H.

§ 6

Über – und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Sinne des § 105 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt sind erheblich, wenn sie im Einzelfall folgende Wertgrenzen übersteigen:

- Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen beschließt der Stadtrat nur, wenn sie den Betrag von 25.000 Euro übersteigen.
- Der Hauptausschuss beschließt über über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen, wenn sie den Wert von 10.000 Euro übersteigen bis zu einem Wert 25.000 Euro.
- Die Zuständigkeit zur Entscheidung über die Leistung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bis 10.000 Euro wird auf den Oberbürgermeister übertragen.

Sangerhausen, den

(Unterschrift Oberbürgermeister)

(Siegel)



## 2. Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Jahr 2018 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Der Haushaltsplan mit seinen Anlagen liegt nach § 102 Abs. 2 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt zur Einsichtnahme vom \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_ im Rathaus, Zimmer 219 zu den nachstehend aufgeführten Zeiten öffentlich aus:

Montag, Mittwoch und Donnerstag	09.00 Uhr bis 12.00 Uhr und 14.00 Uhr bis 15.30 Uhr
Dienstag	09.00 Uhr bis 12.00 Uhr und 14.00 Uhr bis 18.00 Uhr
Freitag	09.00 Uhr bis 12.00 Uhr

Die nach §§ 108 Abs. 2 und 110 Abs. 2 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt erforderlichen Genehmigungen wurden durch den Landkreis Mansfeld – Südharz am \_\_\_\_\_ unter dem Aktenzeichen \_\_\_\_\_ erteilt.

Sangerhausen, den

(Unterschrift Oberbürgermeister)

(Siegel)

### **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen	=	23
Nein-Stimmen	=	2
Stimmenenthaltungen	=	5

**Beschluss- Nr.: 2 - 34/17**

### **6.3 11. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes für die Jahre 2010 bis 2019**

*Hierzu wurde vor der Sitzung ein Austauschblatt zur Anlage 12 zu Vorschlägen möglicher Konsolidierungsmaßnahmen der 11. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes verteilt.*

Begründung: Herr Schuster

Aus den Diskussionen vorangegangener Sitzungen der Ausschüsse hervorgegangenen Hinweisen und Vorschlägen habe die Verwaltung reagiert, so dass sich die Anlage 12 in Nummerierung und der Buchstabenvergabe geändert habe.

Die Anlage 12 sei auch in einem wesentlichen Punkt, der ausdrücklich im Interesse des Stadtrates liegen werde, korrigiert worden. Diese Anlage weise nun nicht die mögliche Aufwandssenkung in der rechten Spalte auf, sondern verweise auf das derzeit ausgewiesene Defizit oder Zuschussvolumen.

#### **Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses**

Ohne die heute verteilten Änderungsvorschlägen lehnte der Ausschuss die Beschlussvorlage mit 5 Nein Stimmen 3 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung ab.

#### **Stellungnahme des Sanierungsausschusses, Stadtrat Herr Peche, Vorsitzender des Ausschusses**

Ohne die heute verteilten Änderungsvorschlägen stimmte der Ausschuss der Beschlussvorlage mit 8 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung zu.

### **Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Hüttel, Vorsitzender des Ausschusses**

Ohne die heute verteilten Änderungsvorschlägen stimmte der Ausschuss der Beschlussvorlage mit 4 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 3 Enthaltungen zu.

### **Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses**

Ohne die heute verteilten Änderungsvorschlägen stimmte der Ausschuss der Beschlussvorlage mit 4 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen zu.

### **Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Tourismus, Stadtrat Frau Stahlhacke, Stellv. des Vorsitzenden des Ausschusses**

Ohne die heute verteilten Änderungsvorschlägen stimmte der Ausschuss der Beschlussvorlage mit 1 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen zu.

### **Stellungnahme des Schul- und Sozialausschusses, Stadträtin Frau Liesong, Vorsitzende des Ausschusses**

Ohne die heute verteilten Änderungsvorschlägen stimmte der Ausschuss der Beschlussvorlage mit 4 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zu.

### **Die Ortschaftsräte stimmten der Beschlussvorlage mehrheitlich zu.**

**5 Ortschaftsräte stimmten zu.** (Breitenbach, Grillenberg, Morungen, Obersdorf, Wettelrode)

**1 Ortschaftsrat stimmte mit Prüfvorschlag zu.** (Oberröblingen)

**5 Ortschaftsräte lehnten die vorliegende Fassung ab.** ( Horla, Lengefeld, Riestedt, Wippra, Wolfsberg)

**1 Ortschaftsräte enthielt sich der Abstimmung.** (Rotha)

**Ein Ortschaftsrat war nicht beschlussfähig.** (Großleinungen)

**Ein Ortschaftsrat stimmte nicht ab.** (Gonna)

Die Liste der Abstimmungsergebnisse aus den **Ortschaftsratssitzungen** wurde vor der Sitzung verteilt.

### **Beschlusstext:**

Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt die als Anlage beigefügte 11. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes für die Jahre 2010 bis 2019.

### **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen = 18

Nein-Stimmen = 8

Stimmenenthaltungen = 4

### **Beschluss- Nr.: 3 - 34/17**

Pause von 19:05 bis 19:15 Uhr

19:05 Uhr

Frau Römmisch, Herr Koch und

Herr Oster gehen = 27

### **6.4 Genehmigung von Mehraufwendungen gemäß § 104 des KVG LSA in Höhe von 40.000,00 € für Maßnahmen im Rahmen der Gefahrenabwehr**

Begründung: Herr Michael

Die größte Position betreffe eine unabwiesbare Maßnahme welche in der Gefahrenabwehr zur Taubenbekämpfung getätigt worden sei. Hier habe eine unmittelbare Gefahr im Rahmen des Bevölkerungsschutzes der Gesunderhaltung der Bevölkerung bestanden. dies Beschlussvorlage sei bereits mehrfach in den Ausschüssen beraten worden.

Die Maßnahme an sich habe sowohl vom Verlauf, als auch vom Inhalt berechtigt seitens des Stadtrates mehrfach Kritik hervorgerufen.  
Festgelegt worden sei, dass das Rechnungsprüfungsamt den gesamten Vorgang zu prüfen habe und einen entsprechenden Bericht bis zum 31.03.2018 vorzulegen habe.

**Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage **mit der Maßgabe** einer Überprüfung des Sachverhaltes durch das RPA mit 9 Stimmen einstimmig zu.

**Stellungnahme des Sanierungsausschusses, Stadtrat Herr Peche, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss lehnte die Beschlussvorlage mit 1 Ja-Stimme, 3 Nein Stimmen und 5 Enthaltungen mehrheitlich ab.

**Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Hüttel, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 10 Stimmen einstimmig zu.

**Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen	=	24
Nein-Stimmen	=	1
Stimmenenthaltungen	=	2

**Beschluss- Nr.: 4 - 34/17**

**6.5 Aufhebung Sperrvermerk im Produkt 25320100 (Europa-Rosarium) in Höhe von 45.000 € und Bestätigung der Mittelfreigabe aus dem Investitionshaushalt für 1. BA - Komplexe Modernisierung Fenster - Grundschule Goethe**

Begründung: Herr Michael

*Hierzu wurde vor der Sitzung eine Austauschvorlage verteilt.  
(Betrag auf 45.387,34 € geändert)*

Der Vorsitzende schlägt vor, die Punkte 6.5 und 6.6 gemeinsam zu begründen und die Abstimmungen dazu einzeln durchzuführen.

Einverständnis der Stadträte wurde signalisiert.

**Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 9 Ja Stimmen einstimmig zu.

**Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Hüttel, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 10 Ja Stimmen einstimmig zu.

**Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja Stimmen einstimmig zu.

### **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen = 27

Nein-Stimmen = 0

Stimmenenthaltungen = 0

### **Beschluss- Nr.: 5 - 34/17**

#### **6.6 Genehmigung von Mehrauszahlungen gemäß § 104 des KVG LSA in Höhe von 45.000,00 € für die Erneuerung der Fenster in der Grundschule Goethe**

*Hierzu wurde der Sitzung wurde eine Austauschvorlage verteilt.*

*(Betrag auf 45.387,34 € geändert)*

Begründung: Herr Michael

#### **Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 9 Ja Stimmen einstimmig zu.

#### **Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Hüttel, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 10 Ja Stimmen einstimmig zu.

#### **Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja Stimmen einstimmig zu.

### **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen = 27

Nein-Stimmen = 0

Stimmenenthaltungen = 0

### **Beschluss- Nr.: 6 - 34/17**

#### **6.7 Auslegungsbeschluss der örtlichen Bauvorschrift über besondere Anforderungen an die äußere Gestaltung von baulichen Anlagen in der Berg- und Rosenstadt Sangerhausen (Gestaltungssatzung)**

Begründung: Frau Diebes

#### **Stellungnahme des Sanierungsausschusses, Stadtrat Herr Peche, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 8 Ja- Stimmen einstimmig zu.

#### **Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja- Stimmen einstimmig zu.

*Herr Milde Nachfrage zur Übernahme des Vorschlages aus dem Sanierungsausschuss.*

*Frau Diebes bestätigt, dass die Verwaltung dem Rat von Herrn Milde aus dem Sanierungsausschuss, Beibehaltung des § 18, gefolgt sei und dieser wieder Bestandteil der Satzung sei.*

### **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen = 27

Nein-Stimmen = 0

Stimmenenthaltungen = 0

### **Beschluss- Nr.: 7 - 34/17**

## **6.8 Kreuzungsvereinbarung mit der Landesstraßenbaubehörde zur Errichtung einer Lichtsignalanlage ( KLSA ) am Verkehrsknoten B 86 / K2310 / Sotterhäuser Weg**

Begründung: Herr Strauß

Die Diskussion um die Kreuzungsvereinbarung habe man auch im Hauptausschuss geführt. Ursprünglich sei es da um die Mittelfreigabe für die Maßnahme gegangen. Der ausdrückliche Wunsch des Ausschusses habe darin bestanden, anstelle einer Lichtsignalanlage einen Kreisverkehr zu errichten. Diesen Wunsch, könne er persönlich sehr gut nachvollziehen. Nach nochmaliger Konsultation mit der zuständigen Bereichsleiterin der Landesstraßenbaubehörde werde es nicht möglich sein, dass man als untergeordneter Straßenbaulastträger, welcher nur einen geringen Anteil an der Kreuzung unterhalte und zu finanzieren habe, diesen Wunsch durchzusetzen. Um an dieser Stelle der bestehenden Unfallgefahr entgegenzuwirken, werde eine Lichtsignalanlage errichtet. Die Ausschreibung dazu sei bereits gelaufen. Das normale Verwaltungsverfahren belaufe sich darin, dass eine Kreuzungsvereinbarung geschlossen werden müsse, in welcher zur Rechtssicher- und Klarheit, welcher Straßenbaulastträger in welchem Anteil die Kosten dafür zu tragen habe. Er wolle ausdrücklich darauf hinweisen, dass selbst, wenn er heute dafür keine Befugnis erhalten würde, es sich kostenmäßig nicht günstiger auf den Haushalt auswirken werde. Vom Ablauf her würde die Lichtsignalanlage dennoch errichtet werden und danach werde die Stadt einen Bescheid zur Zahlungsaufforderung einer identischen Summe erhalten.

### **Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss lehnte die Beschlussvorlage mit 8-Nein Stimmen und 1 Ja- Stimme mehrheitlich ab.

### **Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Hüttel, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 5 Ja- Stimmen und 4 Nein- Stimmen mehrheitlich zu.

### **Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 5 Ja- Stimmen, 1 Nein- Stimme und 1 Enthaltung mehrheitlich zu

*Herr von Dehn-Rotfelser* Er werde dafür, diese Beschlussvorlage mit folgenden Begründungen abzulehnen. Die verkehrsrechtliche Anordnung des Landkreises gehe aus seiner Sicht von völlig

falschen Standpunkten aus. In der Begründung spreche man a) von einer unübersichtlichen Verkehrslage beim Auffahren aus Richtung Sangerhausen sowie aus Richtung Othal und der B 86. Dafür gebe es für die Anlage eine Richtlinie von Landstraßen, welche beim Planfeststellungsverfahren Berücksichtigung gefunden haben sollte. Diese besage, dass Sichtfeld bei 50 km/h von 110 m in Bezug auf die Hauptstraße auszubilden sei, sowie das in einer Höhe zwischen 80 und 150 cm. Dieses Sichtdreieck sei durch den Landesstraßenbaubetrieb freizuhalten und somit auch gewährleistet. Der Punkt unübersichtliche Verkehrslage sei somit nicht mehr relevant.

Zum zweiten: Sichtbehinderung durch Schutzplanken. Schutzplanken würden nach anzuwendender DIN-Richtlinie nie über 80 cm Höhe angebracht. Jeder Kraftfahrer könne ohne weiteres über die an dieser Kreuzung geschlagenen Planken darüber weg blicken. Zum dritten: Die Nichteinhaltung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h. Auch das sei für ihn kein Grund, an dieser Stelle eine Ampelanlage zu errichten. Schlussfolgernd seien alle Punkte dieser verkehrsrechtlichen Anordnung des Landkreises aus seiner Sicht an den Haaren

herbezogen, nur um eine Lichtsignalanlage an dieser Stelle zu errichten. Das Planfeststellungsverfahren sei dem Stadtrat im eigentlichen Sinne nicht bekannt.

Es überrasche allerdings, dass an sämtlichen Armen dieser Kreuzung bereits Schutzrohre für eine Ampelanlage verbaut worden seien. Das heiße, dass zum Zeitpunkt der Planaufstellung eine Lichtsignalanlage enthalten, aber nicht gebaut worden sei. Zum Zeitpunkt des Planfeststellungsverfahrens sei die Stadt nicht direkt beteiligt gewesen, weil die Straße von der Dialyse bis zur Kreuzung damals noch kreiseigen gewesen sei. Deshalb sehe er nicht den Grund, heute, selbst wenn es den Bescheid dazugeben sollte, freiwillig Geld dafür auszugeben.

*Frau Liesong* Sie werde der Vorlage nicht zustimmen. Zum einen sei sie Anhänger einer Kreisellsung und zum zweiten berufe sich hier die Behörde auf veraltete Planungen. Sie sei der Auffassung, wenn man hier freiwillig zustimme, würde man auch freiwillig den Folgekosten zustimmen.

*Herr Schachtel* ist auch gegen die Errichtung einer Lichtsignalanlage an dieser Stelle.

#### **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen	= 2	
Nein-Stimmen	= 19	
Stimmenenthaltungen	= 6	abgelehnt

**Beschluss- Nr.: 8 - 34/17**

#### **6.9 2. Lesung und Beschlussfassung: Genehmigung von Mehraufwendungen gem § 104 KVG LSA in Hohe von 41.300,00 € für Zinsen auf Grund nicht fristgerecht verausgabter Städtebaufördermittel**

Begründung: Frau Diebes

#### **Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 9 Ja- Stimmen einstimmig zu.

#### **Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Hüttel, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 6 Ja- Stimmen, 2 Nein- Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich zu.

#### **Stellungnahme des Sanierungsausschusses, Stadtrat Herr Peche, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 5 Ja- Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich zu.

#### **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen	= 23	
Nein-Stimmen	= 1	
Stimmenenthaltungen	= 3	

**Beschluss- Nr.: 9 - 34/17**

### **7. Informationsvorlage in öffentlicher Sitzung**

#### **7.1 Beteiligungsbericht auf der Grundlage der Jahresabschlüsse 2016 der kommunalen Unternehmen**

## **8. Beratungsgegenstand in nichtöffentlicher Sitzung**

### **8.1 Vorberatung von Beschlussvorlagen zur Verbandsversammlung des Wasserverbandes Südharz**

## **9. Informationsvorlagen in nichtöffentlicher Sitzung (Tischvorlagen)**

### **9.1 Informationen über Beschlüsse des Hauptausschusses**

### **9.2 Informationen über Beschlüsse des Sanierungsausschusses**

## **10. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

*Herr Skrypek* stellt die Öffentlichkeit wieder her. Niemand betritt den Saal. Es wurden keine Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil gefasst.

Aus Anlass der letzten Sitzung des Stadtrates bedankt sich Herr Skrypek bei den Stadträten und der Verwaltung für die konstruktive Zusammenarbeit und wünscht allen eine schöne Adventszeit, ein schönes Weihnachtsfest und alles Gute für das Neue Jahr.

Um 19:50 Uhr beendet der Stadtratsvorsitzende Herr Skrypek die Sitzung.

gez. Karin Schiller  
Protokollführerin

gez. Andreas Skrypek  
Vorsitzender